

# Eva Feldmann-Wojtachnia

## Der Schlüssel zum Europäischen Haus

### Interkulturelle Kompetenz im neuen Europa

Die wachsende Europäisierung des persönlichen Alltags in Gesellschaft und Politik macht „interkulturelle Kompetenz“ zu einem Schlüsselfaktor für das gemeinsame Leben im erweiterten Europa. Damit steht die politische Bildung vor neuen Herausforderungen. Bislang ist ihr Blickwinkel vielfach zu eng, zu westeuropazentriert. Erforderlich ist eine multilaterale, erweiterte Perspektive von Europa. Angesichts der aktuellen Krise, in welche die Europäische Union geraten ist, kann nicht darauf vertraut werden, daß das entsprechende europäische Bewußtsein bei den Bürgerinnen und Bürgern von selbst entsteht. Eine gezielte Bildungsstrategie ist nötig.

Noch nie hat Europa so heftige Kritik der Bürgerinnen und Bürger auf sich gezogen wie bei der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrages bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Nachdem nun auch noch das Referendum in Großbritannien ausgesetzt ist, ist eines deutlich: Die Europäische Union steckt seit der bisher größten Erweiterungsrunde im Mai 2004 in der Krise. Beachtlich ist an der öffentlichen Diskussion jedoch, daß neben der eklatanten institutionellen Stagnation ein entscheidendes Defizit kaum Beachtung findet, das in der Ablehnung des europäischen Verfassungswerks zum Ausdruck kommt: die offenkundig mangelnde Vermittlung europäischer Ziele und Grundwerte an die Bevölkerung.

Auch wenn der Ausgang der Referenda nicht mit einer grundlegenden Ablehnung der europäischen Einigungspolitik gleichgesetzt werden kann, ist er doch Indikator für die zunehmende Distanz zwischen der Bevölkerung und der Europäischen Union. Die Vorteile der Erweiterung und des europäischen Einigung sind den Menschen offenbar nicht einsichtig. Zudem fühlen sie sich aufgrund vieler nationaler politischer Entwicklungen verärgert oder bedroht. Im „alten“ Europa geht die Angst vor Lohndumping, Sozialabbau und Stellenexport um. Dabei werden Fehler und Versäumnisse der eigenen Regierung schnell und gerne auf die Europäische Union projiziert und Brüssel angekreidet. Daß die Kritik letztlich wenig mit den tatsächlichen Inhalten und Anliegen der EU-Verfassung zu tun hat, ist dabei nur zweitrangig. Vielen Nein-Sagern war die Verfassung als solche ohnehin kaum bekannt.<sup>1</sup> Bei aller Kritik rückt die eigentli-

---

**Eva Feldmann-Wojtachnia** (1965), M.A., Kultur- und Religionswissenschaftlerin, Forschungsgruppe Jugend und Europa, Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) an der Ludwig-Maximilians-Universität München

<sup>1</sup> Vgl. Joachim Schild: Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, in: *Integration*, 3/2005, S. 187–200. – Matthias Jopp, Gesa-S. Kuhle: Wege aus der Verfassungskrise – die EU nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden, in: *Integration*, 3/2005, S. 257–261.

che historische Tragweite der derzeitigen europapolitischen Entwicklungen in den Hintergrund. Die EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004 bedeutet ungeachtet der aktuellen Schwierigkeiten zweifelsohne einen Meilenstein in der Geschichte Europas.<sup>2</sup> Dabei scheint es fast so, als ob die zahlreichen Chancen, die sich mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten zur Europäischen Union eröffnen, bereits in Vergessenheit geraten sind, ehe sie tatsächlich erkannt und genutzt wurden. Mit nunmehr um die 450 Millionen Einwohnern in 25 Mitgliedstaaten ist die Union sozial, kulturell und ökonomisch vielfältiger als je zuvor. Die EU-Erweiterung führt durch offene(re) Grenzen und intensivere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auch zu einer Verdichtung der kulturellen Kontakte mit Osteuropa. In vielerlei Hinsicht dienen solche kulturellen Kontakte der Stabilität, der Integration und der Innovation in Gesamt Europa. Sie setzen aber eine gelungene Kommunikation der Menschen untereinander – besser noch Verständnis, Dialog und gegenseitige Anerkennung – voraus.

Um die Erweiterung zu bewerkstelligen und die EU in ihrer Handlungs- und Funktionsfähigkeit zu stärken, bedarf es neben ökonomischer und politischer Faktoren vor allem gesellschaftlicher und kultureller Anstrengungen. Die Frage nach der eigenen Identität und der interkulturellen Kommunikation gewinnt dabei für jeden einzelnen im Hinblick auf eine aktive Teilhabe merklich an Bedeutung. Denn die europäische Integration trifft die Menschen in den verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen mehr, als sie glauben.<sup>3</sup>

Die Ablehnung der Europäischen Verfassung zeigt auch, wie die Erweiterung leicht zur Überforderung werden kann. Wir werden mit der Realität der Europäisierung konfrontiert, ohne über entsprechende Erfahrungen zu verfügen, wie wir diese denken und für unser Leben sinnvoll adaptieren sollen.<sup>4</sup> Um die eigenen Vorstellungen einbringen und wirtschaftlich wie gesellschaftlich partizipieren zu können, bedarf es (um so mehr) einer kritischen Auseinandersetzung mit den Grundbedingungen der eigenen Kultur und der Entwicklung eines eigenen Standpunkts. Voraussetzung hierfür sind neben einer guten Ausbildung und beruflichen Qualifikation ausreichend entwickelte soziale und interkulturelle Kompetenzen.

## Kultur als Handlungs- und Orientierungsrahmen

Bei der Frage, welchen Beitrag gesellschaftliche Initiativen der politischen Bildungsarbeit zur Bewältigung und Intensivierung der EU-Erweiterung leisten können, erweist sich zur theoretischen Grundlegung eine Definition als sinnvoll, die Kultur als tradiertes, kollektives Orientierungssystem begreift, das die Wahrnehmung, das Denken und Handeln der Mitglieder einer gesellschaftlichen Gruppe beeinflusst und strukturiert.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu das umfangreiche Kompendium: Die Einigung Europas. Zugkraft und Kraftakt, OSTEUROPA, 4–5/2004.

<sup>3</sup> Martin Brusis: Wie Europa wirkt. Positionen und Befunde der sozialwissenschaftlichen Europäisierungsforschung, in: Soziologische Revue, 4/2004, S. 295.

<sup>4</sup> Ulrich Beck, Edgar Grande: Das kosmopolitische Europa. Frankfurt/Main 2004, S. 10–14.

<sup>5</sup> Alexander Thomas: Psychologie interkulturellen Lernens und Handelns, in: Alexander Thomas (Hg.): Kulturvergleichende Psychologie – Eine Einführung. Göttingen 1993, S. 380.

Hilfreich ist es in diesem Zusammenhang, Kultur nicht als „Black box“, sondern als dynamisches Handlungsfeld zu verstehen, das dem Individuum Möglichkeiten und erstrebenswerte Ziele, aber auch Grenzen zur alltäglichen Bewältigung der eigenen Umwelt bietet.<sup>6</sup>

Kulturen befinden sich in ständiger Veränderung. Folglich können sie kein einheitliches, abgeschlossenes System darstellen. Kultur bezeichnet zudem eine persönliche Lebenswelt, die nicht prinzipiell an eine Nation oder Ethnie gebunden ist. Sie besteht unabhängig von Landes- und Sprachgrenzen und ist auch nicht unmittelbar mit einer bestimmten Volksgruppe gleichzusetzen, wobei sich das Individuum zugleich mehreren Kulturgemeinschaften zugehörig fühlen kann. Für ein solches Verständnis von multipler, kulturgebundener Identität sind konkrete Situationen der Interaktion von Individuen und Gruppen ausschlaggebend. Denn erst in der Handlung muß sich die eigentliche Tragfähigkeit des kulturellen Selbstverständnisses beweisen.

Kultur, historische Erinnerung und die nationale Identität bedingen einander in einer Gesellschaft und sind auch im persönlichen Leben des Einzelnen eng miteinander verbunden. Bezogen auf das Alltagsleben, das heißt in täglichen Entscheidungssituationen, ergeben sich Kulturstandards als konkreter Ausdruck der Kultur. Diese dienen als Bewertungs- und Verhaltensmuster, die in einer Kultur als verbindlich angesehen werden und die alle Arten des Denkens, Wertens und Handelns umfassen. Jegliches gesellschaftliches Handeln unterliegt also einem Geflecht ineinandergreifender, unterschiedlicher Wertorientierungen. Im Kontakt mit verschiedenen Kulturen kommt somit den jeweiligen kommunikativen und sozialen Fähigkeiten des einzelnen Menschen eine Schlüsselrolle zu, damit Austausch und Verständigung überhaupt stattfinden können.

#### *Interkulturelle Kompetenz – Bedingung für ein konstruktives Miteinander*

Anderskulturelle Kontexte und der Umgang damit gehören zu Beginn des 21. Jahrhunderts – nicht nur für junge Menschen – zu den selbstverständlichen Alltagserfahrungen. Die heutigen Lebensbedingungen sind aufgrund von Migration und wirtschaftlicher Globalisierung mehr als je zuvor von der kulturellen Vielfalt der Umwelt geprägt. Dennoch führen weder vielfältige Kulturkontakte noch gezielte Austauschprogramme automatisch zu einem tieferen Verständnis und zu friedlichem Zusammenleben. Sie sind entscheidend von der praktischen Ausgestaltung, den notwendigen Basiskompetenzen und einem gleichberechtigten Umgang miteinander abhängig. Die Einsicht in die kulturelle Gebundenheit aller beteiligten Akteure ist dabei elementar. Dies verlangt spezifische soziale Kompetenzen, wobei es sich vorrangig um drei Kernkompetenzen handelt:

- Kommunikations- und Dialogkompetenz,
- Empathie, also die Fähigkeit, sich in den Standpunkt des anderen hineinzuversetzen und
- Konfliktlösungskompetenz.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Ernst E. Boesch: Kultur und Handlung. Bern 1980, S. 17.

<sup>7</sup> Eva Feldmann-Wojtachnia: Perspektivenwechsel und Differenzierung des Blicks. Anforderungen der EU-Erweiterung an die interkulturellen Kompetenzen Jugendlicher, in: IJAB (Hg.): Interkulturelle Kompetenz. EU-Erweiterung. Bonn 2003, S. 195–208.

Interkulturelle Praxis meint in erster Linie einen kommunikativen Prozeß, der entsteht, wenn Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten und kulturellen Kontexten miteinander in Kontakt treten, um sich einem gemeinsamen Vorhaben zuzuwenden. Interkulturelles Lernen soll dies möglich machen und hat daher zum Ziel,

- alle Beteiligten für vorhandene kulturelle Unterscheide zu sensibilisieren,
- die Wahrnehmung von kulturellen Eigenarten und die gegenseitige Akzeptanz und Wertschätzung zu fördern,
- zur Reflektion kulturgebundener Rollen- und Machtverhältnisse anzuregen,
- die Ich-Stärke des einzelnen unter Anerkennung des prinzipiellen Rechts auf freie kulturelle Entfaltung des anderen zu unterstützen,

Die Menschen sollen lernen,

- sich auf neue Situationen ohne Angst einlassen,
- kulturelle Differenzen auszuhalten und einen partnerschaftlichen Umgang miteinander einzuüben,
- offene und verdeckte interkulturelle Konflikte zu hinterfragen und – wenn nötig – konstruktiv zu lösen.

Interkulturelles Lernen kann somit als eine Gelegenheit für alle Beteiligten definiert werden, die konzeptionell auf die kritische Reflexion der eigenen und fremden Einstellungen und Grundhaltungen sowie die Identitätsbildung abzielt und dabei Empathie, Ambiguitätstoleranz und die Anerkennung der Menschenrechte vermittelt.<sup>8</sup> Denn Sozialität – und somit auch der Wunsch nach Austausch und Zusammenarbeit – gehört zwar zu den menschlichen Grundbedürfnissen, jedoch sind Menschen nicht von Natur aus mit den entsprechenden sozialen Kompetenzen ausgestattet. Diese Fähigkeiten müssen von jedem einzelnen Mitglied einer Gesellschaft und Kultur selbst erlernt werden.<sup>9</sup>

#### *Kultureller Austausch als Chance*

Auch nach dem Beitritt Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns, Litauens, Lettlands, Estlands und Sloweniens zur Europäischen Union erschließt sich der Kontakt zu Ostmitteleuropa und Osteuropa nicht von selbst. Direkte Austauschprojekte auf der zwischenmenschlichen Ebene, aber auch im politischen und wirtschaftlichen Bereich spielen eine unersetzliche Rolle. Bei der weiteren Beschäftigung mit den Möglichkeiten der politischen Bildung und insbesondere bei der Frage, wie ein Austausch mit den osteuropäischen Ländern zu beginnen und sinnvoll zu gestalten ist, sollte man sich grundsätzlich vor Augen halten, daß es um Begegnungen von Menschen geht, die aus sehr verschiedenen kulturellen Kontexten stammen. So unterschiedliche Eigenschaften Menschen haben können, so vielfältig ist auch der Kontakt untereinander. In

<sup>8</sup> Wolfgang Berg: Multikulti und Globalisierung, in: Günter J. Friesenhahn, Andreas Timmel (Hg.): Schlüsseltexte. Engagement und Kompetenz in der internationalen Jugendarbeit. Schwalbach 2004, S. 126f.

<sup>9</sup> Wolf-Dieter Otto: Toleranzkultur und Pädagogik, in: Alois Wierlacher (Hg.): Kulturthema Toleranz. München 1996, S. 538.

einem solch weit gefaßten Kulturverständnis lassen sich also Austausch- und Bildungsprojekte ebensowenig auf hochrangige Ausstellungen von exklusiven Kulturgütern, auf Philharmoniekonzerte oder Auftritte von Folkloregruppen wie auf Folien- oder Overheadvorträge zur Europäischen Erweiterung reduzieren. Sofern der politischen Bildung ein solcher, erweiterter Kulturbegriff zugrunde liegt, rückt der jeweils *konkrete kommunikative Prozeß* zwischen Menschen in den Vordergrund. Welche Ausdrucksformen, Themen und Inhalte hier gewählt werden, ist prinzipiell offen.

Da organisierte Austausch- und Bildungsprojekte über Ländergrenzen hinweg aufgrund ihrer institutionellen Anbindung meist nicht zufällig entstehen, sondern organisiert und gewollt sind, sind sie mit Zielen verbunden und daher auch steuerbar. Sie bieten einen Rahmen zum gezielten Austausch, zur Begegnung, aber auch zum Nachdenken über die eigene Identität. Darüber hinaus eröffnen sie die Chance zu einem selbstgesteuerten und gemeinsamen Lernen über nationale und kulturelle Grenzen hinweg. Im optimalen Fall können sie eine Qualifizierungsfunktion für den einzelnen erfüllen und gleichzeitig zur Stabilität und Sicherheit im gesellschaftlichen und politischen Sinne beitragen.<sup>10</sup> Darin liegt der große Vorteil von Kooperationsprogrammen, die im Rahmen der politischen Bildung organisiert sind, gegenüber zufälligen kulturellen Alltagsbegegnungen.

### Erweiterung der Perspektive

Die Vergrößerung der Europäischen Union bedeutet, nicht nur den geographischen, sondern auch den geistigen Horizont zu erweitern. Die Integrationsleistung, welche die Erweiterung nun der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft abverlangt, kann nur mit einer aktiven Unterstützung der Menschen in West und Ost gelingen. Um ein solches Engagement zu erreichen, kann gerade die politische Bildung eine konstruktive Plattform bieten, da sie durch gezielte Bildungsarbeit ein besseres gegenseitiges Kennenlernen bewirken und die Möglichkeit zur Reflexion eröffnen kann.

Seit einigen Jahren erscheinen zahlreiche Studien, die sich mit der Erweiterung der Europäischen Union vor allem wirtschaftlich und politisch auseinandersetzen. In der Fachwelt wird nahezu unisono unterstrichen, daß eine erfolgreiche Erweiterung auf 25 (und mehr) Mitgliedstaaten nur durch eine zügige Vertiefung der Europäischen Union erreicht werden kann.<sup>11</sup> Da die Vertiefung in erster Linie bedeutet, nationale Zuständigkeiten – gerade in empfindlichen Politikbereichen – zugunsten einer weiteren europäischen Vergemeinschaftung aufzugeben, setzt sie einen weitreichenden politischen, aber auch gesellschaftlichen Willen zu mehr Kooperation sowie ausreichendes Vertrauen voraus.

Die Bedeutung der politischen Bildung als Wegbereiterin ist dabei nicht zu unterschätzen, da sie das gegenseitige Verständnis fördern und Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Initiativen bieten kann. Unbestritten bleibt dabei der Anspruch, bei aller Pluralität und Heterogenität innerhalb der Gesell-

---

<sup>10</sup> Vgl. die Auffassung von Außenminister Joschka Fischer („Kulturarbeit ist Sicherheitspolitik“) in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.5.2002, S. 15.

<sup>11</sup> Exemplarisch András Inotai: Erfolgreiche Erweiterung durch zügige Vertiefung: Prioritäten der EU-25, in: *Integration*, 5/2004, S. 4.

schaft die kulturelle Vielfalt zwischen den Gesellschaften in Europa zu vermitteln. Ziel ist dabei ein reflexiv modernes Kulturverständnis, demzufolge von Europa – auch über die Grenzen der Europäischen Union hinweg – als von einem sozialen Raum mit kulturellem Basiskonsens gesprochen wird, bei dem der Zusammenhang der Differenzen im Vordergrund steht.<sup>12</sup> Aufgabe der politischen Bildung ist es, diesen Zusammenhang für den einzelnen Menschen sichtbar und nachvollziehbar zu machen und die entsprechenden interkulturellen Fähigkeiten zu vermitteln.

### *Qualitative Ausgestaltung der Nachbarschaft*

Die jahrelange Spaltung Europas in Ost und West hat bis heute spürbare politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt kulturelle Brüche verursacht und eine Reihe von Altlasten und Hypotheken hinterlassen. Ein Austausch im erweiterten und nun gemeinsamen Europa (auch über die neuen Grenzen der EU hinweg) kann jedoch nur dann gelingen, wenn das künstliche Homogenität suggerierende „Ostblock“-Paradigma des Kalten Krieges überwunden und Europa tatsächlich neu gedacht und differenziert betrachtet wird.

In der Diskussion um die Erweiterung der Europäischen Union wurde oftmals vergessen, daß nicht nur ostmitteleuropäische, sondern auch südosteuropäische Länder wie Malta und Zypern in die Europäische Union aufgenommen wurden. Trotz deren geringen wirtschaftlichen und demographischen Gewichts und angesichts des hohen Vertiefungs- und Integrationsdrucks, der mit der Erweiterung einhergeht, sollte nicht nur von einer *Osterweiterung* der EU, sondern eher von einer Neuordnung Europas die Rede sein.

Dieses Ziel war für die ehemals kommunistischen Staaten neben der demokratischen Verankerung, Wohlstandserwartungen und nicht zuletzt dem Streben nach Sicherheit ein entscheidendes Motiv, der Europäischen Union beitreten zu wollen. Durch die Erweiterung der EU und die Vergrößerung des Binnenmarktes scheint die Europäisierung trotz ihrer politischen Erfolge bei relevanten Teilen der Bevölkerung mental an Grenzen zu stoßen, wie nicht nur die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags zeigt. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich weit von dem umfassenden, eigentlich politischen Grundverständnis der Erweiterung entfernt. Die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden dabei fast ausschließlich als Bittsteller gesehen, die nur zu ihrem eigenen Nutzen in die EU aufgenommen wurden, obwohl unter Wirtschaftsexperten darüber Konsens existiert, daß die zu erwartenden Vorteile für die gesamte Europäische Union die anfänglichen finanziellen Belastungen überwiegen werden.<sup>13</sup> Wirtschaftsstudien haben ergeben, daß die Erweiterung in der EU langfristig zu einem größeren Wirtschaftswachstum führen wird. Neue Arbeitsplätze und bessere Absatzmöglichkeiten werden entstehen, Handelshemmnisse verringert und die Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

Über solche Prognosen hinaus sollte man sich jedoch vor Augen halten, daß der Erweiterungsprozeß ein Großprojekt ist, das nicht von ökonomischen und politischen Faktoren abhängt, die fernab in Brüssel entschieden werden. Es bedarf neben bürokra-

<sup>12</sup> Oliver Hämmig: Zwischen zwei Kulturen. Opladen 2000, S. 67–73.

<sup>13</sup> Jan Wiktor Tkaczynski: Wirtschaftsintegration stärkt Europa, in: Eva Feldmann (Hg.): Keine Angst vor den Nachbarn! Integration hängt von uns allen ab . . . München 2002, S. 33–38.

tischer, materieller und technischer Unterstützung gerade auch einer mentalen Vorbereitung. Das bedeutet gleichwohl, daß Europa nicht nur seine geographischen Grenzen neu bestimmen muß. Es wird nicht nur mit seinen wirtschaftlichen Handlungs- und Solidaritätsgrenzen konfrontiert, sondern ebenso mit den Grenzen seiner kulturellen und geistigen Identität. Dieser Punkt spielt bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der kulturellen und gesellschaftspolitischen Kooperation eine entscheidende Rolle, sollen die sich bietenden Chancen im größeren Europa tatsächlich umfassend und konstruktiv genutzt werden.

Im erweiterten Europa und in neuer europäischer Nachbarschaft kann der Mehrwert der Erweiterung nicht allein durch institutionelle Reformen und das Ringen um die Verabschiedung der Europäischen Verfassung offengelegt werden. Dies kann nur dann gelingen, wenn der politische Integrationsprozess auch mit einer Differenzierung des Blickwinkels bei allen beteiligten Akteuren, nicht nur den Eliten, einhergeht. In diesem Zusammenhang ist es kaum mehr nützlich, weiterhin von *Osteuropa* zu sprechen – wobei zudem unklar ist, welche Länder gemeint sein sollen. Für die meisten Deutschen liegen beispielsweise Tschechien oder Polen, ja sogar Slowenien in Osteuropa, jedoch Österreich, die neuen Bundesländer oder Schweden vergleichsweise nicht. Oftmals werden auch Rußland, die Nachfolgestaaten der UdSSR und Osteuropa synonym gebraucht, wodurch viele Länder in den toten Winkel fallen.

Verständlicherweise wehren sich Staaten, die im Zentrum Europas liegen, entschieden gegen eine solche geographisch, aber letztlich auch politisch und kulturell ungenaue Perspektive. Dies gilt umso mehr, als diese Zuordnung mit eher negativ besetzten Assoziationen und Stereotypen einhergeht.<sup>14</sup> Eine aktuelle Untersuchung darüber, welche Einstellung junge Menschen in der Grenzregion der neuen Bundesländer zur Erweiterung der Europäischen Union haben, ergibt beispielsweise, daß weitverbreitete Vorurteile über die polnischen Nachbarn der Einschätzung der Kriminalität Vorschub leisten: Über 60 Prozent der befragten Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden glauben, daß die zunehmende Öffnung der Grenze nach Osten zu einem Anstieg der Kriminalität führe. Einen Abbau der Feindbilder aufgrund der Lockerung an der Grenze hält hingegen nur jeder Dritte der Befragten für möglich.<sup>15</sup>

Auf der gesellschaftlichen Ebene sind offensichtlich die Weichen für den Erfolg der europäischen Erweiterung noch nicht endgültig gestellt. Gerade unter der jungen Generation überwiegen in Deutschland Unsicherheit und Skepsis. Eine der vordringlichsten Aufgaben besteht darin, auf regionaler Ebene, besonders in den Grenzregionen, nachhaltige Kooperationen anzubahnen und Vertrauen in den Nutzen der EU-Erweiterung aufzubauen.<sup>16</sup>

In Zukunft wird es Aufgabe der politischen Bildung sein, nicht nur eine differenzierende, multilaterale Perspektive auf Europa zu eröffnen, sondern auch stärker als bislang das Augenmerk auf die Qualität der Zusammenarbeit zu richten, damit die weitreichenden Chancen des neuen Miteinander in Europa gerade auch von jungen

---

<sup>14</sup> Zum negativen Bild des „Ostens“ siehe Arnulf Baring: Partner Polen?! In: Nowa Res Publica/Deutsches Polen Institut (Hg.): Sonderheft 1997, S. 33–34.

<sup>15</sup> Ausführlicher siehe Markus Hess: „Perspektiven einer Grenzregion“. Studie im Rahmen des Fördervorhabens „Junge Menschen in Grenzregionen der neuen Bundesländer“; <[http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/1222/kurzbericht\\_grenze.pdf](http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/1222/kurzbericht_grenze.pdf)>.

<sup>16</sup> Vgl. den Beitrag von Daniel Kraft im vorliegenden Heft, S. 137–149.

Menschen genutzt werden können. Auch in diesem Zusammenhang ist ein ausreichendes Maß an interkultureller Kompetenz die Voraussetzung.

### *Abschied von alten Mustern*

Das Projekt „Gesamteuropa“ verlangt nach einer Schärfung des Blicks und die Überwindung des Denkens in den Kategorien des Ost-West-Konflikts. Dies bedeutet auch, die Altlasten der Vergangenheit in Ost und West – so etwa Zentralismus, Kommunismus, Ignoranz oder Überheblichkeit – zu überwinden, um ein echtes Kennenlernen der Menschen und ihrer Kultur zu ermöglichen. Es geht nicht um das Ausblenden der kulturell relevanten Unterschiede, die aus dem Ost-West-Konflikt resultieren, sondern um einen reflektierten Umgang mit diesen. Von zentraler Bedeutung ist es, die bipolare Auffassung von Kulturkontakten von West nach Ost (und selten umgekehrt) aufzugeben. Dies verlangt uns gleichzeitig ab, daß wir dazu in der Lage sind, unsere eigene Identität im multilateralen, gleichberechtigten Miteinander des neuen Europa zu verorten.

Leider sitzt die Unterscheidung von Ost und West noch immer tief in den Köpfen. Sie beginnt bereits bei der innerdeutschen Wahrnehmung, wobei die Unterschiede an polarisierenden Wertzuweisungen festgemacht werden. Eine differenzierte Diskussion scheint hierzulande oftmals schon deshalb nicht möglich, weil viele Westdeutsche schon der Gedanke abschreckt, sie könnten etwas von Ostdeutschen lernen.<sup>17</sup> Dennoch entpuppt sich mancherorts im Westen eine frühere Zusammenarbeit mit „Osteuropa“ heute als „Standortvorteil“. So wurde beispielsweise im bayerischen Vorentscheidungsverfahren für die Kulturhauptstadt Europas für das Jahr 2010 die Stadt Regensburg aufgrund ihrer „Osteuropakompetenz“ ausgewählt.<sup>18</sup>

Ebensowenig hilfreich wie das alte Ost-West-Paradigma ist eine Entweder-Oder-Logik, die suggeriert, es sei zwischen nationalem oder europäischem Denken und Handeln konzeptionell und grundsätzlich zu wählen.<sup>19</sup> An dieser Stelle ist wiederum die politische Bildung gefragt, um unterstützend tätig zu werden und osteuropabezogenen Themen und menschliche Kontakte, die bereits vor Ort beginnen, als Ansatzpunkt aufzugreifen. Gerade in Deutschland mit seiner multikulturell geprägten Gesellschaft ist das Kennenlernen von Osteuropa täglich und buchstäblich vor der eigenen Haustüre möglich. Würden die Menschen aus Ostmittel- und Osteuropa, die unter uns leben, als Experten für die Kultur ihrer Länder selbstverständlicher in die politische Bildungsarbeit einbezogen, könnten manche Altlasten wie die zu schwache Regionalisierung und lokale Rückbindung der Projekte in Mittel- und Osteuropa leichter saniert werden.

Dieses große Potential sollte auch beim Auf- und Ausbau von Austauschprogrammen selbstverständlicher genutzt werden. Das Deutsch-Polnische Jahr 2005/2006 in Deutschland und Polen<sup>20</sup> hat eine Vorbildfunktion. In diesem Rahmen werden gezielt

<sup>17</sup> Thomas Kralinski: Deutschland im Herbst, in: Berliner Republik, 5/2004, S. 6.

<sup>18</sup> Siehe Europa-Nachrichten, 5/2004, 15.7.2004, S. 9, herausgegeben von der Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft.

<sup>19</sup> Gerade das „kosmopolitische Europa“ verfügt über eine besondere Integrationskraft, da vor allem die Vielfältigkeit Europas den qualitativen Mehrwert ausmacht; siehe Beck, Grande, Das kosmopolitische Europa [Fn. 4], S. 14–32.

<sup>20</sup> Hierbei handelt es sich um eine gemeinsames Projekt des Auswärtigen Amts und des Polnischen Außenministeriums, das eine breite gesellschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit

Projekte gefördert, die neben der Vermittlung der eigenen Kultur im jeweils anderen Land und der gemeinsamen Bearbeitung von deutsch-polnischen Themen, diesem Gedanken Rechnung tragen, indem in Deutschland lebende Polen in die Programme eingebunden werden. Angestrebt ist eine möglichst weitreichende Einbindung von Multiplikatoren vor Ort. Ziel ist es, diese Menschen so zu beteiligen, daß sie über das Projekt hinaus als Kulturvermittler gesehen werden.

### Aktive Mitwirkung im neuen Europa

Die Folgen der EU-Erweiterung und die Diskussion über die Europäische Verfassung machen die Europapolitik derzeit so intensiv und spannend wie nie zuvor. Dennoch zeigt sich in Meinungsumfragen eine nur verhaltene Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in der alten Europäischen Union.<sup>21</sup> Die geringe Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 konnte hierfür erste Hinweise bieten.<sup>22</sup> Die Bevölkerung scheint sich von der politischen Integration kaum berührt zu fühlen. Die Stimmung fällt, wie die jüngsten Ergebnisse der Standardumfrage der Europäischen Union zeigen. Seit Frühjahr 2004 hat das Ansehen der EU rapide abgenommen. Als Gründe werden die schlechte wirtschaftliche Entwicklung mit anhaltender Arbeitslosigkeit besonders in Deutschland und anderen alten Mitgliedstaaten der EU genannt.

Auch die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden sowie das gescheiterte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Juni 2005 haben deutliche Spuren hinterlassen. Das alles führt zu einer breiten Skepsis der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Europäischen Union. Margot Wallström, EU-Kommissarin für Information und Kommunikation, kommentierte die aktuellen Umfrageergebnisse dahingehend, daß offenbar ein neuer Konsens darüber vonnöten ist, wofür Europa gut sei und in welche Richtung es weitergehen solle.<sup>23</sup>

Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament haben bei den Bürgerinnen und Bürgern offensichtlich an Vertrauen verloren.<sup>24</sup> Genöß die EU-Kommission im Herbst 2004 noch die Unterstützung von 52 Prozent der Befragten, so vertrauen ihr im Sommer 2005 nur noch 46 Prozent. In Deutschland ist der Rückgang des Vertrauens auf eine Quote von 31 Prozent noch spürbarer. Die Anzahl derjenigen EU-Bürger, die der Union ein allgemein positives Image zusprechen, sank im Durchschnitt unter 50 Prozent. In Deutschland sehen sogar nur noch 42 Prozent der Befragten die Europäische Union in einem positiven Licht. Damit fällt Deutschland sichtbar hinter die neuen Mitgliedstaaten wie Slowenien (mit 57 Prozent Zustimmung), Polen (51 Prozent) oder Litauen (49 Prozent) zurück, die sich damit oberhalb des EU-Durchschnitts von 47 Prozent positionieren.

---

zwischen den beiden Ländern ausbauen und längerfristige Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Partnern anstoßen will; ausführlicher siehe die Homepage des Auswärtigen Amtes unter <<http://www.auswaertiges-amt.de>>.

<sup>21</sup> Zu den aktuellen Entwicklungen siehe die Vorabergebnisse des Standard Eurobarometer 63/2005 vom Mai–Juni 2005; <[http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm)>.

<sup>22</sup> Vgl. die Karte „Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004“ in Einschub III.2.

<sup>23</sup> EU-Nachrichten, Nr. 27, 21.7.2005, S. 7.

<sup>24</sup> Vgl. die Karte „Vertrauen in das Europäische Parlament 2004“ in Einschub IV.2.

Das Eurobarometer weist nach, daß die Hälfte der Befragten der Meinung ist, ihre eigene Stimme finde in der EU ohnehin kein Gehör.<sup>25</sup> Diese Anzeichen sind alarmierend. Sie zeigen das Ausmaß der Legitimationskrise, in der sich die Europäische Union derzeit befindet. Diese negative Grundstimmung hat in zahlreichen Mitgliedstaaten, nicht nur in Frankreich oder in den Niederlanden, die Gesellschaft durchdrungen. Mehr Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger sowie eine intensivere Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten tun also not.

Diese Aufgabe ist ohne eine zielgerichtete Bildungsstrategie nicht zu erfüllen. Die Verantwortlichen in der Europäischen Union werden sich überlegen müssen, wie sie die Bevölkerung besser in die Integration und deren Vertiefung einbinden können, um so den Vorwurf der Bürgerferne zu entkräften. Erste Ansätze hat die EU-Kommission mit einer breit angelegten, bürgernahen Kommunikationsoffensive jüngst veröffentlicht.<sup>26</sup> Es bleibt abzuwarten, ob sie damit das richtige Instrument gefunden hat, um das hochgesteckte Ziel, eine „offene Kultur des Informationsaustauschs“, im anvisierten Zeitrahmen von einem Jahr zu erreichen.

Nicht erst seit der Erweiterung der EU kann von einer deutlichen, wenn auch indirekten Europäisierung des Alltags für jede Bürgerin und jeden Bürger gesprochen werden. Europa betrifft die Menschen auch jenseits spektakulärer politischer Ereignisse viel stärker und nachhaltiger, als sie es im allgemeinen wahrnehmen. Arbeits- und Lebenswelten werden im zusammenwachsenden Europa zunehmend komplexer. Die Öffnung der Grenzen bietet neben neuen Chancen auch erhebliche Risiken für die Bewältigung des Alltags. So verlangt sie eine höhere Mobilität bei der Arbeitssuche. Der Hand in Hand gehende soziale und technologische Wandel macht Umorientierung in Beruf und Ausbildung notwendig. Gesellschaftliche Teilhabe wird im neuen, zusammenwachsenden Europa entscheidend von einer umfangreichen Qualifizierung jedes einzelnen abhängen.

Nicht zufällig spricht die Europäische Kommission in diesem Zusammenhang vom „Europa des Wissens“ und formuliert dies in konkreten Leitlinien zur verbindlichen Umsetzung für die Mitgliedstaaten.<sup>27</sup> Integration, Interaktion und Kommunikation stehen bei der geforderten Stärkung des gemeinsamen Bildungsraums in einem untrennbaren Zusammenhang und sind zentral mit der Frage nach der Förderung der zukunftsrelevanten Fähigkeiten des Individuums verbunden.

Offenbar ist ein solches Bewußtsein in Ostmittel- und Osteuropa weiter verbreitet als in den alten Mitgliedstaaten der EU. In der Auseinandersetzung über die Ursachen und Folgen der gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden zeigt sich neben Ärger und Enttäuschung hauptsächlich eine selbstbewußte, konstruktive Herangehensweise an die Legitimationskrise der EU. Polnische Experten gehen sogar davon aus, daß zukünftig die neuen Mitgliedsländer als Motor für die entscheidenden Reformen der Europäischen Union erachtet werden müssen.

Anhaltspunkt für diese These bietet die wachsende wirtschaftliche Bedeutung der ostmitteleuropäischen Länder, die dazu führt, daß die wirtschaftliche Dynamik der EU von den neuen Mitgliedstaaten ausgehen könnte. Hinzu kommen umfassende Transformationserfahrungen, die sowohl in der politischen Landschaft als auch auf

<sup>25</sup> EU-Nachrichten, Nr. 27, 21.7.2005, S. 7.

<sup>26</sup> Ausführlicher ebd., S. 5–6.

<sup>27</sup> Ausführlicher siehe KOM(97)563 endg.

individueller Ebene zu einem produktiven Umgang mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen, Traditionen und Kulturen geführt haben.<sup>28</sup>

### *Neue Leitbilder*

Die Krise der Europäisierung stellt nicht nur die Inhalte, sondern auch die Praxis der politischen Bildung vor neue Gegebenheiten, denn die Fortführung der europäischen Integration kann nicht länger als gegeben vorausgesetzt werden. Um diese zu garantieren, sind neben den genannten politischen Faktoren auch eine intensivere Kommunikation und ein engerer Austausch erforderlich. Generell läßt sich in Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur beobachten, daß der Bedarf an gemeinsamer, konstruktiver Problemlösung steigt. In einer sich schnell ändernden Welt, wie sie die dynamische Politik der EU verdeutlicht, ist die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel unerlässlich. Zudem gewinnen neue Leitbilder wie Flexibilität, Mobilität und Dynamik an Bedeutung. Der veränderte gesamteuropäische Kontext erfordert es, eine andere Sichtweise und womöglich auch andere Wege als zuvor für die Zusammenarbeit in Betracht zu ziehen.

Angesichts dessen wird der jeweilige kulturelle Rückbezug als Orientierungshilfe zunehmend bedeutend. Das individuelle, aber auch das kollektive Identitätsbewußtsein sind an Kulturräume gebunden, die letztlich jedoch prinzipiell imaginär und offen sind.<sup>29</sup> Jegliche Begrenzung fordert daher Interaktion und Kommunikation. Im Rahmen der konkreten Zusammenarbeit sind das Verständnis gemeinsamer Werte und größerer kultureller Zusammenhänge sowie eine ausreichende, interkulturelle Kompetenz für alle beteiligten Seiten von grundlegender Bedeutung. Der Anspruch läßt sich einfach ableiten: Um zu neuen, gesellschaftlich verankerten Sinnzusammenhängen zu gelangen, muß sich eine „Kultur der neuen Nachbarschaften“ entfalten und etablieren.

Ein solcher Versuch ist das *Büro Kopernikus*, das als Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes neue Wege des nachbarschaftlichen Kulturgeschehens auf beiden Seiten von Oder und Neiße erschließen soll.<sup>30</sup> Ziel ist es, die Lücke zwischen den Verständigungsbekundungen der Politik und lebendiger kultureller Aktivität zu schließen. Das *Büro Kopernikus* unterstützt Kulturschaffende aus beiden Ländern dabei, Themen gemeinsam zu erarbeiten und diese in ihrer europäischen Dimension zu verankern. Dies verspricht, den engen geographischen Raum der deutsch-polnischen Nachbarschaft sowie den bilateralen Ansatz des Kulturaustauschs zu überwinden. So soll nicht mehr nur eine Brücke zwischen den Ländern geschlagen werden – davon gibt es in der Zwischenzeit mehr als genug –, sondern das Ziel ist es, von der gemeinsamen, belasteten Geschichte zu einer konstruktiven Gestaltung des neuen Europa überzugehen.

Die zunächst symbolische Funktion von Pilotprojekten dieser Art ist aufgrund der vielfältigen konkreten Ergebnisse keinesfalls zu unterschätzen. Gewinnt man die

---

<sup>28</sup> Reinhold Vetter: Wer sind die wahren Europäer? Ostmitteleuropa und die EU-Krise, in: OSTEUROPA, 7/2005, S. 103–116.

<sup>29</sup> Thomas A. Bauer, Sabine Ertl: Europa im Spiegel – Nabelschau oder Entdeckung der Horizonte? Kommunikationstheoretische Anmerkungen zum Europa-Diskurs, in: Der Donauraum, Spezialheft 1989–1999: Was wird aus Mitteleuropa bis 2009? 1999, S. 55–72.

<sup>30</sup> Weitere Informationen zu den Tätigkeitsbereichen siehe <<http://www.buero-kopernikus.org>>.

Medien und weitere Bildungseinrichtungen für das Anliegen, kann das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer neuen, qualitativen Kultur der Nachbarschaften im größeren Europa wachsen. Praktische und pragmatische Bedingungen wie die Gründung solcher Koordinierungsbüros schaffen Aufmerksamkeit, die im positiven Fall in die Entwicklung gemeinsamer gesellschaftlicher und kultureller Interessen, Aktivitäten und weiterführender Ideen münden.

## Fazit

Gesamteuropa erschließt sich den Menschen in seiner Vielgestaltigkeit nicht von selbst. Die politische Dimension Europas steht oft im Vordergrund und verstellt den Blick auf die vielfältigen soziokulturellen Aspekte – besonders über die Grenzen der Europäischen Union hinweg. Meinungsumfragen weisen darauf hin, daß sich eine Kluft zwischen der empfundenen Ferne und Undurchschaubarkeit der EU und der zunehmenden Geschwindigkeit der gesellschaftspolitischen und kulturellen Integration bildet. Angesichts der Tatsache, daß mit dem Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten zur EU die Chancen einer Beschäftigung mit Osteuropa gewachsen sind und die entsprechenden Förderprogramme zugenommen haben, ist ein solches Ergebnis bedauerlich.

Es ist daher unerlässlich, an der Überwindung dieser Kluft zu arbeiten. Aktive Bürgerbeteiligung ist von zentraler Bedeutung. Sie schließt die politische Bildung in doppelter Form ein: als Instrument, um Grundlagenwissen und notwendige soziale Fähigkeiten zu vermitteln, und als eigenständiger Akteur der Zivilgesellschaft. In dieser doppelten partizipationsfördernden Funktion dürfen politische Bildung und die Vermittlung von interkultureller Kompetenz nicht vorrangig in individuelle Verantwortung gelegt werden. Sie sollten eine zentrale Zukunftsaufgabe der Politik bleiben. Nur dann wird Europa faßbar und mehr als ein unbestimmbares Gefühl sein. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß das soziale und kulturelle Potential insbesondere der jungen Generation vor Ort und über Grenzen hinweg eingebracht werden kann. Um eine solche Mitwirkung herbeizuführen, reichen Wahlen wie die zum Europäischen Parlament, proklamierte Ideale und normative Argumente über die historische Gunst der Stunde bei weitem nicht aus.

Bei einer Einbindung der Gesellschaft kann es nicht um die bloße Vermittlung von Daten gehen. Vielmehr ist eine interaktive Informations- und Bildungsleistung gefragt, die sowohl von der EU als auch von der Bevölkerung erbracht werden muß. Ziel sollte es sein, die Bürgerinnen und Bürger in eine aktive Auseinandersetzung mit der europäischen Politik und ihren Themen zu versetzen, die auch zu einer Beteiligung im neuen Europa motiviert. Weit über Initiativen wie den Verfassungskonvent hinaus müssen die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit erhalten, ihre Anliegen und Befürchtungen zu formulieren. Erst ein solcher aktiver gesellschaftlicher Diskurs stellt eine tragfähige Grundlage für die Herausforderungen der EU dar.

Eine zukunftsgerichtete Bildungsarbeit ist auch als gesellschaftliche Aufgabe der Politik zu verstehen. Der direkte Dialog bringt allen Seiten Gewinn. Er dient der Sensibilisierung der politischen Akteure für die Belange der Bevölkerung und führt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis. Denn die Wirksamkeit von Bildungspro-

grammen und die Partizipationschancen wachsen in dem Maße, in dem die politischen Eliten ausreichend über derartige Projekte informiert sind und erkennen, daß die Bürgerinnen und Bürger durchaus bereit sind, einen konstruktiven Beitrag zu zahlreichen Fachfragen zu leisten.

Europa ist schließlich mehr als eine bloße politische oder ökonomische Union. Gelingt es in Zukunft, zu einem gemeinsam gestalteten, gleichberechtigten und kreativen Austausch zu gelangen, kann tatsächlich auch von einer neuen Qualität der kulturellen Zusammenarbeit gesprochen werden. Der notwendige Rahmen wurde durch die Erweiterung der Europäischen Union gesetzt, nun kommt es auf die entsprechende gesellschaftliche Initiativen an. Seminarangebote im Rahmen der politischen Bildung zur Vermittlung der entsprechenden Fertigkeiten leisten dabei einen nicht zu unterschätzenden Beitrag. Sie können junge Menschen nachhaltig darin zu unterstützen, diese Transferleistung zu erbringen. Für das Europa der Zukunft gilt es jedenfalls zu bedenken, daß der interkulturellen Kompetenz aller beteiligten Akteure eine Schlüsselrolle zukommt.